

Rede von Niels Annen vor dem Plenum des Deutschen Bundestages am
06.09.2006

Zum Thema Konfliktlösung in Nahost/UNIFIL Mandat

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Präsident,

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik. Dies hat der Außenminister während der 32 Tage der Kampfhandlungen im Libanon eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Die erste Priorität galt den Bemühungen zur Beendigung der Feindseligkeiten. Spät, aber nicht zu spät konnte die Resolution 1701 erreicht werden. Auch ohne Mitglied des UN- Sicherheitsrates zu sein, hat Deutschland beim Zustandekommen dieser Resolution eine wichtige Rolle gespielt. Nicht zuletzt deshalb richten sich nun auch Erwartungen an unser Land.

Aus vielen Gesprächen weiß ich, dass es eine hohe Verunsicherung über den weltweiten Einsatz der Bundeswehr gibt. Und in der Tat: Die

Einsatzorte der Bundeswehr reichen vom Balkan, über das Horn von Afrika bis nach Afghanistan. Ich sage ausdrücklich: Es ist richtig hier in diesem Hause über politische Kriterien für den Einsatz deutscher Streitkräfte zu diskutieren, denn es ist das Parlament, das über einen Einsatz entscheiden muss. Es geht um unsere Verantwortung und es geht um die Frage: Was liegt im deutschen Interesse. Ich will anhand der aktuellen Krise verdeutlichen, warum uns die Ereignisse im Nahen Osten nicht egal sein können.

Die Region hat seit 1948 durchschnittlich alle sechseinhalb Jahre einen Krieg durchlitten. Mit dramatischen Folgen für die betroffenen Menschen, die Infrastruktur, die wirtschaftliche Entwicklung und die Stabilität in einer Weltregion, die bei etwas Rückenwind nicht einmal dreieinhalb Flugstunden von uns entfernt liegt.

Es besteht kein Zweifel: Auslöser der jüngsten Krise war die Entführung von zwei israelischen Soldaten durch die Hisbollah. Aber war die Entführung auch die Ursache für den Konflikt? Oder hat vielmehr der ehemalige U.S. Sicherheitsberater Brent Scowcroft Recht, wenn er sagt „Die Quelle des Problems ist nicht die Hisbollah. Das ist nur ein Ableger der Ursache, nämlich des tragischen Konflikts über Palästina.“?

Ich glaube, es ist richtig, dass unsere Politik die Probleme des Libanon nicht isoliert betrachtet. Die ungelösten territorialen Fragen, die besetzten Golanhöhen, die Sheeba Farmen und nicht zuletzt die Frage nach der palästinensischen Staatlichkeit müssen mit einbezogen werden.

Für mich ist klar, dass die Lösung der Palästina Frage im Zentrum unserer Bemühungen stehen muss. Klar ist aber auch, dass ein unabhängiger palästinensischer Staat keine Zauberformel für die Lösung aller Konflikte ist. Aber er würde all denjenigen die politische Legitimation entziehen, die heute ihre extremistische Politik mit dem Verweis auf den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes begründen, ohne sich jemals wirklich für das Schicksal der Palästinenser interessiert zu haben. Dies gilt nicht zuletzt für die Hisbollah, die jetzt vor der historischen Entscheidung steht, sich zu einer zivilen politischen Kraft zu entwickeln, oder aber den Weg des Terrorismus weiter zu verfolgen.

Das führt zu der Frage: Was für einen Charakter hat die aktuelle Auseinandersetzung an der Nordgrenze Israels? Die Israelis sehen sich mit einer dramatischen Situation konfrontiert. Nach dem Rückzug der Armee vor sechs Jahren aus dem Südlibanon sieht sich Israel weiterhin andauernden Angriffen auf sein Territorium und seine Bürger ausgesetzt. Die leider in weiten Teilen unverhältnismäßigen Militärschläge der letzten

Wochen kann man, davon bin ich überzeugt, nur verstehen, wenn man sich klar macht, dass es aus der Sicht Israels in diesem Krieg nicht mehr um eine Auseinandersetzungen in einem besetzten Territorium geht, sondern um die Existenz des Staates Israel.

In Deutschland akademische Diskussionen über die politische Bewertung der Hetzreden des iranischen Präsidenten zu führen ist das eine. Im Angesicht von bis zu 250 Raketen pro Tag bekommen die antisemitischen Ausfälle von Achmadinedschad aber eine explosive Bedeutung.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, das Teheran eine Mitverantwortung an der gegenwärtigen Krise zukommt. Deshalb habe ich großes Verständnis dafür, dass unter diesen Umständen der Kampf gegen die Hisbollah als Kampf gegen den verlängerten Arm Irans in der Region geführt wird.

Allein die Reden Achmadinedschads beantworten aber nicht die Frage, ob die Hisbollah eine libanesische oder eine Agenda der schiitischen Weltrevolution verfolgt.

Wir müssen kurz vor dem fünften Jahrestag des 11.September leider feststellen, dass die U.S. Politik des „Kriegs gegen den Terror“ eine ehrliche

Analyse und Politikentwicklung für die Region behindert. Sie unterscheidet bei der Beurteilung der Politik von Hamas und Hisbollah nicht zwischen regionalen und globalen Zielen, sondern subsumiert ganz unterschiedliche Parteien und Bewegungen pauschal unter dem Begriff Terrorismus und kommt so zwangsläufig zu falschen Schlüssen.

Mein Eindruck ist zudem, dass die Auswirkungen des Bürgerkriegs im Irak auf die Region bislang auch von uns unterschätzt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bilder von tödlichen Anschlägen im Irak werden in ihrer Dramatik kaum noch zur Kenntnis genommen. Was bei uns in wenigen Sekunden im Nachrichtenüberblick zusammengefasst über den Bildschirm flimmert, wird jeden Tag in ungeschnitten Bildern von Al Dschasira in Millionen von arabischen Haushalten übertragen. Welche Wirkung die Bilder von Toten und Verwundeten, sich gegenseitig massakrierenden Bevölkerungsgruppen auf die benachbarten Staaten mit ihren komplexen Minderheitenpolitiken haben, kann hier nur angedeutet werden.

Wir Sozialdemokraten stellen heute ohne jede Genugtuung fest, dass die Politik von Bundeskanzler Gerhard Schröder sich nicht am Krieg im Irak zu beteiligen richtig gewesen ist. Es gibt heute mehr Instabilität und mehr

Terrorismus als vor dem Irak- Krieg. Hinzu kommt leider das mangelnde Engagement der Regierung Bush um die Lösung des Nahostkonfliktes, die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Rolle in der Region, auf die wir Europäer mit angewiesen sind, nachhaltig erschüttert hat. Die verheerenden Folgen für die Stabilität und Sicherheit in der Region sehen wir tagtäglich.

Die Politik, unliebsame Regime als Schurkenstaaten zu brandmarken und sie international zu isolieren ist gescheitert. Europa muss daher einen großen Schritt machen, die Sprachlosigkeit überwinden und sich noch stärker um eine eigene Rolle bemühen. Das bezieht sich auf die Palästinenser Gebiete, wo wir mit einer zu starren diplomatischen Haltung gegenüber Hamas viel Zeit verloren haben und es bezieht sich auf Syrien, wo es gilt, die Initiative von Außenminister Steinmeier zu unterstützen. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, die unnatürlichen Achse Teheran-Damaskus aufzubrechen und Syrien von den Vorteilen einer konstruktiven Rolle zu überzeugen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
auf Deutschland richten sich viele Hoffnungen und Erwartungen. Nicht alle werden wir erfüllen können. Aber gerade aufgrund unserer unmissverständlichen Politik der Solidarität gegenüber Israel werden wir

von den arabischen Partnern ernst genommen. Das Deutschland zudem keine koloniale Vergangenheit in der Region hat sollten wir ebenfalls nicht unterschätzen.

Es ist daher richtig die Bereitschaft zur Beteiligung an UNIFIL zu signalisieren. Ich bin überzeugt: Ein solches Engagement liegt auch in unserem Interesse. Die politischen Voraussetzungen für einen Einsatz muss jedoch die libanesisische Regierung schaffen. (Mit Blick auf den Verteidigungsminister sage ich:) Wir drängen uns niemanden auf. Und: Eine militärische Komponente kann immer nur ein Teil des Engagements sein. Unser Dank gilt daher besonders den Entwicklungshelfern, Experten und den freiwilligen Helfern des THW die sich schon heute für eine friedliche Zukunft der Menschen im Libanon engagieren.